

KOMPAKT

AfD

AUSSCHLUSS IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch hat das Parteiausschlussverfahren gegen den Thüringer AfD-Landeschef Björn Höcke begrüßt. »Dieser Schritt ist überfällig, auch wenn unsicher ist, ob es dazu kommt«, erklärte Knobloch. »Denn das parteiinterne Schiedsgericht ist vermutlich mit höckischen Gesinnungsgenossen besetzt.« Der AfD-Vorstand hatte am Montag beschlossen, Höcke wegen seiner umstrittenen Dresdner Rede aus der Partei auszuschließen. Die Entscheidung im Bundesvorstand fiel nicht einstimmig. Der Fall landet nun vor dem Schiedsgericht des AfD-Landesverbandes. *ikg*

Papierhändler

LESUNG Am Montag, 20. Februar, 20 Uhr, stellt Bernhard Taubenberger, Leiter der Abteilung Kommunikation & Marketing sowie Prokurist der Schörg-huber Stiftung & Co. Holding KG München, seine 2015 veröffentlichte Studie *S. Roeder OHG 1841–1952. Aufstieg und Untergang eines deutsch-jüdischen Unternehmens* im Auktionshaus Neumeister, Barer Straße 37, vor. Der Lehrer und Papierhändler Samuel Roeder (1812–1872) war der Pionier der deutschen Stahlfedernfertigung und begründete in Berlin eine fabrikmäßige Produktion. Der Familienbetrieb ging in der NS-Zeit zugrunde. Es begrüßen die Hausherrin Katrin Stoll und Samy Gleitman, Vorsitzender der Deutschen Freunde des Tel Aviv Museum of Art. Anmeldungen unter info@tamad.org bis Freitag, 10. Februar. *ikg*

Mr. Gaga

FILM Der israelische Tänzer und Choreograf Ohad Naharin, 1952 im Kibbuz Mizra im Norden Israels geboren, wurde weltberühmt als »Mr. Gaga«. Der langjährige kreative Kopf der BatSheva Dance Company und Erfinder des »Gaga«-Tanzstils erhielt 2005 den Israel-Preis für Tanz, ist Ehrendoktor des Weizmann Institute of Science (2004) und der Hebräischen Universität Jerusalem (2009). Der Dokumentarfilm *Mr. Gaga* von Tomer Heymann porträtiert das Tanzgenie so persönlich wie einfühlsam. Der Film ist am Mittwoch, 22. Februar, 19.30 Uhr, zum Abschluss der 8. Jüdischen Filmtage im Gabriel Filmtheater, Dachauer Straße 16, zu sehen. Karten gibt es unter 089/20 24 00 491 und an der Abendkasse des Veranstaltungsorts. *ikg*

Neuwahlen

ZOD Die Zionistische Organisation Deutschland Snif München lädt ihre Mitglieder zur regulären Mitgliederversammlung am Dienstag, 7. März, 19.30 Uhr, im Jüdischen Gemeindezentrum, St.-Jakobs-Platz 18, ein. Auf der Tagesordnung stehen die Neuwahlen des Vorstands und ein Ausblick auf die Aktivitäten im Jahr 2017. Anmeldungen per E-Mail unter info@zo-muenchen.de. Nach Eingang der Anmeldung erfolgt eine Bestätigung und detaillierte Tagesordnung der Mitgliederversammlung. *ikg*

Fernsehpreis

AUSZEICHNUNG In der Kategorie »Beste Comedy« haben die Produzenten Adi Osterer und Uwe von Grafenstein mit ihrer in München-Unterföhring ansässigen Fernsehproduktionsfirma SEO Entertainment den Deutschen Fernsehpreis 2016 gewonnen. Ebenfalls ausgezeichnet wurden der WDR-Redaktionsleiter Philipp Bitterling sowie die Darsteller Oliver Polak und Micky Beisenherz für das mehrteilige Sendeformat *Das Lachen der Anderen*. Gewürdigt wurden sie für ihr »mutiges, völlig neuartiges Konzept«. *ikg*

Die Gemeinde im Internet:
www.ikg-muenchen.de

Antizionismus in Gräfelfing

BDS Warum ein Konzert für israelfeindliche Organisationen stattfinden konnte



Auch die Proteste vor dem Bürgerhaus halfen nicht: Das umstrittene Benefizkonzert in Gräfelfing fand vergangene Woche wie geplant statt.

Foto: Marina Maisel

VON HELMUT REISTER

Protestnoten erreichten die Bürgermeisterin, aufgewühlte Mails, nachdenkliche Briefe, doch umstimmen ließ sie sich nicht mehr. Im Bürgerhaus von Gräfelfing ging das Humanität vortäuschende »Benefizkonzert für Menschenrechte in Gaza« vergangene Woche wie geplant über die Bühne. Für Demokraten und insbesondere auch für die jüdische Gemeinschaft wirkte das wie ein Schlag ins Gesicht.

Zu den Mahnern im Vorfeld der Veranstaltung gehörte auch IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch, die Bürgermeisterin Uta Wüst in einem ausführlichen Schreiben auf prekäre Zusammenhänge hinwies und auf eine Absage des Konzerts drängte. Umso enttäuschter ist sie jetzt.

Israelfeinde dürfen kein Forum erhalten, fordert IKG-Präsidentin Knobloch.

»Gerade in diesen Zeiten eines erstarrenden Antisemitismus, zu dessen vielen Gesichtern eben auch die einseitige Dämonisierung und Delegitimierung des Staates Israel gehört«, hatte Charlotte Knobloch an die Bürgermeisterin geschrieben, »darf eine Kommune keinen Zweifel an ihrer Haltung lassen, dass sie Antisemitismus kein Forum bietet. Alles andere ließe un-

ser öffentliches Gedenken, Mahnen und Eintreten für die Menschenrechte zu einer hohlen Geste verkommen.«

EMPÖRUNG Dass dem Veranstalter mit dem Bürgerhaus eine öffentliche Plattform zur Verfügung gestellt wurde, sorgte auch bei der Liberalen jüdischen Gemeinde München Beth Shalom für Empörung. Jan Mühlstein, der Vorsitzende, hatte in einem Schreiben ebenfalls gegen die Veranstaltung protestiert. Mitglieder der Gemeinde verteilten am Veranstaltungabend vor dem Bürgerhaus Flugblätter und versuchten, mit Besuchern ins Gespräch zu kommen und zu diskutieren. »Alles blieb im Rahmen und verlief störungsfrei«, konnte Mühlstein im Anschluss zumindest feststellen.

Ohnehin mit Erstaunen hatte die IKG-Präsidentin zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Veranstaltung in Gräfelfing genau dem Strickmuster mit den gleichen handelnden Personen und Inhalten entsprach, die bereits im vergangenen Herbst in München Ärger hervorgerufen hatten. Die geplante Veranstaltung in der Erlöserkirche war damals mit der Begründung abgesagt worden, dass die Veranstalter die antisemitische BDS-Bewegung unterstützen und das Konzert die Plattform für einseitig israelfeindliche, antisemitische Äußerungen biete.

»Ich hätte es für angebracht gehalten«, erklärt Charlotte Knobloch, »dass die Gemeinde Gräfelfing diesem Schritt gefolgt wäre. Es kann nicht angehen, dass eine Veranstaltung, die letztendlich antisemiti-

schen Zielen dient, in öffentlichen Räumen stattfindet.« Doch die Realität sah anders aus: Das umstrittene »Benefizkonzert« wurde gleich von mehreren Interessensgruppen unterstützt, unter anderem von den Grünen und der CSU. Das bringt nicht nur Jan Mühlstein in Rage. Charlotte Knobloch hat bei der Suche nach den Gründen für die Intensität der Unterstützung nur eine Erklärung parat: »Dass sie sich gewinnen ließen, kann ich mir nur damit erklären, dass sie nicht hinreichend informiert waren und sich über die wahren Ziele des scheinbar so harmlosen »Benefizkonzerts« täuschen ließen.«

RECHTFERTIGUNG Viele Mitglieder der jüdischen Gemeinde sind sich einig, dass die Veranstaltung in Gräfelfing im Endeffekt nur dem Ziel diene, Israel zu diffamieren – unter dem Deckmantel eines humanitären Zwecks. Auf diesen Aspekt hatte IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch in ihrem Schreiben Gräfelfings Bürgermeisterin ganz besonders aufmerksam gemacht. Von ihrer Einschätzung lässt sie sich auch nicht durch ein Argument abbringen, das von den Unterstützern des Konzerts genannt wurde: Der Erlös des »Benefizkonzerts«, heißt es, komme der Hilfsorganisation »medico international« zugute, einer Organisation, der vom Deutschen Zentralinstitut für Soziale Fragen (DZI) ein sorgfältiger Umgang mit den Spendengeldern bescheinigt werde.

Für Charlotte Knobloch ist diese Argumentation eher der krampfhafteste Versuch,

nach Rechtfertigungen zu suchen. »Es kann schon sein«, erklärt sie, »dass sorgfältig mit den Spendengeldern umgegangen wird. Doch was sagt das schon über die israelfeindliche Ausrichtung der Organisation aus? Ein Blick auf die Homepage genügt doch, um zu sehen, wie einseitig

CSU und Grüne unterstützten das umstrittene Konzert.

eine hochkomplexe Situation dargestellt wird. Empathie, Verständnis für die israelische Bevölkerung, die der ständigen Terrorgefahr durch den Bombenangriff aus dem Gazastreifen ausgesetzt sind? Fehlzeige! Bemerkungen zur Hamas, die als internationale Terrororganisation eingestuft wird? Kein Wort!«

Die deutliche Kritik an dem Konzert hält Charlotte Knobloch für durchaus angemessen, und sie sei, wie sie betont, auch weit davon entfernt, einen kontroversen Diskurs über die Politik Israels zu unterbinden. Das sei zentraler Bestandteil jeder Demokratie, etwa auch in Israel, dem einzigen demokratischen Staat im Nahen Osten. »Diese Veranstaltung aber«, analysiert sie, »macht auch eine Entwicklung deutlich: Sie beweist, dass Antisemitismus mehr und mehr seine Randpositionen verlässt und bereits in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Das ist beängstigend.«

Starke Partner

SCHULE Jüdisches Gymnasium und Technische Universität arbeiten zukünftig eng zusammen

Das Jüdische Gymnasium, das erst im September seinen Betrieb aufnahm, entwickelt sich in rasantem Tempo zu einer Erfolgsgeschichte. Die Anerkennung als staatliche Schule durch das Kultusministerium liegt erst wenige Wochen zurück, jetzt ist das Jüdische Gymnasium zum Referenzgymnasium der Technischen Universität (TUM) ernannt worden.

Bei der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages durch Schulleiterin Miriam Geldmacher und Kristina Reiss, Dekanin der »TUM School of Education« (Fakultät für Lehrerbildung und Bildungsforschung), war auch IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch anwesend, für die sich mit dem Jüdischen Gymnasium in Trägerschaft der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern ein lange gehegter Traum erfüllt hat. Ihr Ziel ist es, mit dem Gymnasium eine ähnlich hohe Qualität wie in der Sinai-Grundschule zu erreichen. Die Kooperation mit der Technischen Universität



Foto: Astrid Schmidhuber

»Ein wichtiger Schritt«: Charlotte Knobloch

ist ein weiterer wichtiger Schritt auf diesem Weg.

Nach Angaben der TUM dient die künftige Zusammenarbeit der Partner dazu, neue Erkenntnisse über guten Unterricht zu gewinnen und zu erproben. Beide Einrichtungen unterstützen sich außerdem bei Fortbildungen, Praktika und Veranstaltungen für Schülerinnen und Schüler. Für diese intensive Zusammenarbeit wählt die »TUM School of Education« Gymnasien mit vorbildlicher Unterrichtsarbeit und Schulentwicklung aus, wie Dekanin Reiss bei der Vertragsunterzeichnung betonte. Die TUM erhoffe sich von neuen Partnern wichtige Impulse für ihre Forschung und Lehre, so Reiss weiter.

Die Universität arbeitet eng mit Referenzgymnasien zusammen, um Studienergebnisse mit der Fakultät für Lehrerbildung und Bildungsforschung zu diskutieren und wissenschaftliche Empfehlungen im Unterricht zu erproben. Die TUM ver-

bessert die Inhalte und Lehrmethoden ihrer Lehramtsstudiengänge anhand der Erfahrungen der Referenzgymnasien. Dort absolvieren die Studierenden bereits nach dem ersten Semester ein Praktikum, um frühzeitig den Berufsalltag von Lehrern kennenzulernen. Das Jüdische Gymnasium hat seinerseits großes Interesse an den Forschungserkenntnissen der TUM zum Thema digitales Lernen.

Im Gegenzug können die Lehrerinnen und Lehrer des IKG-Gymnasiums an didaktisch-methodischen Fortbildungen und Informationsveranstaltungen über hochschul- und bildungspolitische Fragen an der TUM teilnehmen. Die Schüler präsentieren bei der jährlichen Schülerkonferenz ihre Seminararbeiten und können sich ins Schulprogramm der TUM einbringen. Dieses umfasst etwa Ferienkurse, das Experimentierlabor TUMlab im Deutschen Museum und Besuche im Schülerforschungszentrum in Berchtesgaden. *hr*